

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn
Telefax: (0226) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. R. Werner Schuster MdB und Professor Dr. Uwe Holtz MdB fordern die Bundesregierung auf, kommunale Umwelt- und Entwicklungs-Initiativen zu unterstützen: Ohne lokales Engagement kein globaler Wandel.

Seite 1

Detlev von Larcher MdB resümiert den SPD-Parteitag: Die Erfolge verteidigen, die Widersprüche klären.

Seite 2

Inge Wettig-Danielmeier MdB gratuliert dem früheren niedersächsischen Landwirtschaftsminister Klaus-Peter Bruns: Mit 80 noch mitten im politisch-gesellschaftlichen Leben.

Seite 4

Dokumentation

Die Haltung der SPD zur kurdischen PKK wird in einem Papier der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion klargestellt. Wortlaut

Seite 6

48. Jahrgang / 225

25. November 1993

Ohne lokales Engagement kein globaler Wandel

Die Bundesregierung ist aufgefordert, kommunale Entwicklungs-Initiativen zu unterstützen

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eine wachsende Anzahl von kommunalen Gebietskörperschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit sind mit vielfältigen Aktivitäten bemüht, auf lokaler Ebene das Bewußtsein für eine globale umwelt- und entwicklungsverträgliche Entwicklung zu fördern. In diesem Sinne werden zum Beispiel Städte- und Gemeindepartnerschaften gepflegt, Entwicklungsprojekte unterstützt und entwicklungspolitische Bildungsarbeit geleistet. Ein besonderes Schwergewicht liegt auf der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung bei uns, die auf lokaler Ebene unter anderem durch die Reduzierung von Schadstoffemissionen und Ressourcenverbrauch erreicht werden kann.

Die SPD begrüßt und unterstützt diese Aktivitäten, die einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Ergebnisse sowohl der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (Juni 1992) wie auch der internationalen Nord-Süd-Konferenz "Lokale Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung" (Berlin, Oktober 1992), an der VertreterInnen von Kommunen und entwicklungspolitischen Organisationen aus 53 Ländern teilnahmen, leisten. Ohne eine Einbeziehung und aktive Beteiligung der Bevölkerung auf lokaler Ebene, wird der notwendige globale Wandel nicht zu erreichen sein.

Die SPD hat einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, diese neue politische Kraft, die vor Ort, die zentralen umwelt- und entwicklungspolitischen Fragen aufgreift und in praktisches lokales Handeln umsetzt, in aller notwendiger Weise zu unterstützen. Kommunale Nord-Süd-Ost-Kooperation kann wichtige Beiträge zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur leisten.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veranstaltungsbüro
auswärtige Beziehungen
Kommunikation



Der Antrag fordert insbesondere von der Bundesregierung:

- Unterstützung der sich ausweitenden kommunalen Nord-Süd-Arbeit wie auch der sich zunehmend entwickelnden Dreieckskooperationen zwischen West-, Ost- und Süd-Kommunen und NRO im Umwelt- und Entwicklungsbereich;
- Förderung der Entwicklung von Konzepten für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene, wie sie in dem von der Rio-Konferenz verabschiedeten Maßnahmenkatalog zur Lösung der globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme (Agenda 21) gefordert werden. Die Aufforderung der Rio-Konferenz an die Kommunen der Welt, Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung öffentlich zu diskutieren und bis 1996 einen Konsensus über eine 'Lokale Agenda 21' herzustellen, wird begrüßt.
- Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Leitprinzipien und Handlungsstrategien, die als Ergebnissen der Konferenz: 'Lokale Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung' verabschiedet wurden (Charta von Berlin) und die wichtige Orientierungen für die lokale Nord-Süd-Ost-Arbeit geben.

Der SPD-Antrag appelliert an die kommunalen Spitzenverbände, die Verpflichtungen aus der Agenda 21 und die Anregungen und Forderungen der Charta von Berlin in geeigneter Weise den Kommunen bekannt zu machen und entsprechende Aktivitäten zu initiieren und zu fördern.

(-/25. November 1993/rs/ks)

Ein Nachwort zum SPD-Parteitag **Die Erfolge verteidigen, die Widersprüche klären I**

Von Detlev von Larcher MdB
Sprecher des Frankfurter Kreises der SPD

1. Das neue Wirtschaftskonzept

Vergleicht man das vom Parteitag beschlossene wirtschaftspolitische Programm mit dem ersten Entwurf, den Oskar Lafontaine dem Parteivorstand vorgelegt hatte, ist festzustellen: die hartnäckige Diskussion im Vorfeld und auf dem Parteitag selbst hat sich gelohnt. Ebenso die Arbeit, die zu den Anträgen des Unterbezirks Hannover Stadt, des Bezirkes Hessen-Süd, des Landesverbandes Bayern und des Ortsvereins Oelde geführt hat.

Dieser Arbeit ist es zu verdanken, daß im Beschluß des Parteitages die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit den gebührenden Stellenwert erhalten hat und mit unserem ökologischen Umbaukonzept verbunden ist. In dem Zusammenhang kommt der Bekräftigung des Ausstiegs aus der Atomwirtschaft und der Einbeziehung der ökologischen Steuerreform strategische Bedeutung zu. Am Ziel der Vollbeschäftigung wird jetzt festgehalten. Die Streichung der Aussagen, die die Löhne und die Steuerbelastung der Unternehmen als Hauptursachen der Wirtschaftskrise benennen und die im Vorfeld des Parteitages durch zustimmende Äußerungen von Wirtschaftsvertretern (von Norbert Walter bis Graf Lambsdorff) und ihnen nahestehenden Presseorganen entsprechend gefeiert wurden, macht es unmöglich, den Beschluß des Parteitages weiter in Richtung von Niedriglohnkonzepten oder Steuerentlastungsmodellen zu interpretieren. Die Aussagen vom verlangsamten Lohnanstieg im Osten sind ebenso ad acta gelegt wie die Bewertung der Lohnstückkosten als entscheidendes Kriterium für die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Dem Aufbau Ost widmet der Beschluß, Dank des beharrlichen Insistierens von Wolfgang Thiersch, die gebührende Aufmerksamkeit. Gefordert werden eine entschlossene Industriepolitik, die Stärkung der Nachfrage und die Erschließung von Märkten. Im Unterschied zum vorgelegten Entwurf des Parteivorstands enthält der Beschluß nun ein Zukunftsinvestitionsprogramm und eine klare Bestätigung der Tarifautonomie beim Aushandeln von Tarifverträgen zur Arbeitszeitverkürzung und Entgelthöhe. Die Forderungen nach Verkürzung der Perioden der Betriebsprüfungen und die Einstellung zusätzlicher Finanzbeamter zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung konnten gegen verdeckten Widerstand vom Parteitag durchgesetzt werden.

Der zentrale Erfolg der wirtschaftspolitischen Diskussion auf dem Parteitag ist die Verzahnung der ökologischen, sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Themen zu einem gesellschaftlichen Zukunftsprojekt des Umbaus der Industriegesellschaft.

Das alles zeigt: Wir haben nicht vergeblich gearbeitet. Allerdings nützt es nichts, darüber hinwegzusehen: Das beschlossene Wirtschaftskonzept läßt bestimmte Türen für die Anpassung an neokonservative Vorstellungen weiter offen. In zentralen Punkten enthält es sich direkt widersprechende Aussagen:

- * Einerseits wird nun ein Konjunkturprogramm und die Absage an prozyklische Politik gefordert. Andererseits werden die Senkung der Staatsquote und die Kürzung von Personalausgaben im öffentlichen Sektor propagiert und damit die Befürwortung von Sparmaßnahmen im Sozialbereich möglich gemacht. Wie anders soll Oskar Lafontaine's auf dem Parteitag geäußerte Forderung nach unpopulären Sparmaßnahmen als der wichtigsten Aufgabe bei der Sanierung der Staatsfinanzen gedeutet werden?
- * Einerseits wird der Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der Regierungskoalition eine klare Absage erteilt, im gleichen Atemzug aber werden Privatisierungen befürwortet.
- * Einerseits sind nun Niedriglohnkonzepte aus dem Programm gebannt und die Autonomie der Tarifpartner in den Vordergrund gestellt, andererseits aber wird letzteren eine "beschäftigungsorientierte Lohnpolitik" empfohlen.

In den kommenden Monaten kommt es darauf an, auf der Grundlage der Beschlüsse des Parteitags bei der Vorbereitung des Regierungsprogramms die Widersprüche zu klären und die Eckpunkte des Antrags zu konkretisieren. Dabei ist unverzichtbar, das vom Parteitag beschlossene Grundkonzept einer Neubestimmung der Staatsaufgaben und einer Reform des öffentlichen Dienstes als Gegenkonzept zu den Privatisierungs- und Deregulierungsstrategien der Bundesregierung und der Wirtschaft zu konkretisieren. Ebenso muß die in Wiesbaden akzeptierte Forderung nach einer Reform der Arbeitsorganisation und nach Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf Produkte, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz zu einem Schwerpunkt des Regierungsprogramms und des Wahlkampfes gemacht werden. Die SPD steht gegenüber den Erwartungen der Bevölkerung an die Politik in der dringenden Pflicht, die Finanzierbarkeit der Reformpolitik glaubwürdig zu demonstrieren. Das heißt in erster Linie, es muß geklärt werden, wie der nun beschlossene soziale Lastenausgleich konkret aussehen soll, der die Umverteilung von unten nach oben, die die konservative Regierungspolitik rigoros durchgesetzt hat, rückgängig macht.

Die ökologische Erneuerung als integraler Bestandteil eines Wirtschaftsprogramms mit verbindlichen Vorgaben für mehr Umweltschutz in Wirtschaft und Verwaltung muß konkret beschrieben werden. Um dies zu gewährleisten, ist es notwendig, daß diejenigen am Regierungsprogramm mitarbeiten, die die Anträge aus Hannover, Hessen-Süd und Bayern erarbeitet haben.

2. Innere Sicherheit

Zum Thema Innere Sicherheit sollte die SPD ein Gesetzespaket vorlegen, daß die ganze Breite des Parteitagsbeschlusses enthält. Wichtig sind die beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Alltagskriminalität und eine neue Drogenpolitik. Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität müssen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche, die Beseiti-

gung der ökonomischen Grundlagen und ein besonderes Beschlagnahmeverfahren für dubioses Geld mit Beweislastumkehr Schwerpunkte sein. Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung, die institutionellen Kontrollen (parlamentarische wie richterliche), der Zugriff des Betroffenen und die Veröffentlichung nach Abschluß des Einsatzes elektronischer Überwachungsmittel müssen unabdingbarer Bestandteil sein. Dies erfordert nicht nur gleichzeitige Änderungen der Artikel 13 und 14 GG, sondern auch für alle Gesetze zum "Großen Lauschangriff" die zwei-Drittel-Mehrheit.

Dabei hat die Hälfte des Parteitages, die gegen den sogenannten "großen Lauschangriff" gestimmt hat, einen Anspruch auf Beteiligung bei der Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes und bei der Begleitung der parlamentarischen Beratungen, wobei die Schwerpunkte nicht nur im Bereich der Innenpolitik, sondern insbesondere auch im Bereich der Justizpolitik liegen.

3. Parteireform

Die von der Parteiführung so gehätschelte Mitgliederbefragung wurde vom Parteitag abgelehnt. Die von der Linken geforderten Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide wurden als zentraler Schritt zur Demokratisierung der innerparteilichen Willensbildung akzeptiert. Der Forderung nach Öffnung der Partei wurde durch erweiterte Mitwirkungsrechte von Nicht-Mitgliedern sowohl in Projektgruppen als auch auf Mitgliederversammlungen entsprochen. Wichtig ist, daß die Diskussion in den Parteiliederungen um die Erneuerung der innerparteilichen Arbeitsformen jetzt nicht beendet wird. Die Satzungsänderungen sind eine wichtige Voraussetzung, reichen aber nicht aus, die Arbeitsformen an die neuen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen.

4. Außen- und Sicherheitspolitik

Zweifelloos hat der Parteitag mit diesem Beschluß ein der neuen Weltlage angemessenes außen- und sicherheitspolitisches Konzept vorgelegt. Streitig bleibt die Frage der Rolle der Nato und ihrer Erweiterung.

Die Mittel für die Durchsetzung von Blockaden sind für viele eine nur schwer zu schluckende Kröte, weil sie darin den Abschied von einem ausschließlich defensiven Einsatz von Blauhelmen sehen. Wichtig ist, daß es gelungen ist, die Absichten der "Seeheimer" zurückzuweisen, mit der Annahme eines Antrages aus einem mittelhessischen Unterbezirk, die Grenzen der Aufgaben der Bundeswehr in Richtung Kampfeinsätze zu überspringen.

Über das Konzept Egon Bahrs, neue sicherheitspolitische Strukturen für Europa zu entwickeln, sei es über die Weiterentwicklung der KSZE oder der Herausbildung einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, sollte intensiv nachgedacht und diskutiert werden.

(-/25. November 1993/rs/ks)

Mit 80 noch mitten im politisch-gesellschaftlichen Leben

Ein Geburtstagsgruß an Klaus-Peter Bruns, den früheren Landwirtschaftsminister von Niedersachsen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB
Schatzmeisterin der SPD

Klaus-Peter Bruns, kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres am 28. November, finden wir mitten im politisch-gesellschaftlichen Leben. Für uns, die wir ihn kennen, die wir über Jahrzehnte mit ihm zusammen gearbeitet haben, war dies immer so. Niemand von uns kann sich Klaus-Peter Bruns vorstellen, ohne an seinen rastlosen Einsatz für die kleinen und großen

Dinge des politischen Lebens zu denken. Das Lösen praktischer Probleme, die Verbesserung des täglichen Lebens der Menschen, stets aber mit dem Blick auf weiterreichende Ziele, hat Klaus-Peter Bruns' Arbeit bestimmt, seitdem er nach dem Ende des Nationalsozialismus begann, für den Aufbau einer neuen Demokratie in Deutschland zu arbeiten.

Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus bewegten den 1913 in Krefeld geborenen jungen Landwirt, zur SPD zu gehen, weil er in dieser Partei seine Vorstellungen von einem demokratischen sozialen Deutschland einbringen konnte. Sein erster Schritt in die aktive Politik begann 1952 im Gemeinderat von Reinhausen, wo er die Sozialdemokraten bald zur stärksten Fraktion hochkämpfte. Die Bindung an seine neue Heimatgemeinde, deren Bürgermeister er ab 1954 bis zum Aufgehen Reinhausens in die Großgemeinde Gleichen war, hat Klaus-Peter Bruns nie aufgegeben. Er hat diese Gemeinde geprägt; bedacht darauf, Fortschritt mit gewachsenem Erscheinungsbild in Einklang zu bringen, so daß heute vielen, die Reinhausen besuchen, diese Gemeinde als beispielhaft für ländliche Entwicklung gilt. Kein Museumsdorf, sondern eine Gemeinde mit Charakter.

Der Bürgermeister von Reinhausen konnte im Kreistag von Göttingen und schließlich im Niedersächsischen Landtag seine politische Arbeit ausweiten. Daneben vollzog sich Klaus-Peter Bruns' Wirken in zahlreichen Ehrenämtern, nicht nur seiner Partei, die ihm als wichtigstes Amt von 1970 bis 1981 den stellvertretenden Bezirksvorsitz des Bezirks Hannover übertrug, sondern auch in landwirtschaftlichen und kirchlichen Organisationen. Als Vorsitzender der Agrar-sozialen Gesellschaft war er ein langjähriger Anwalt für die sozialen Fragen der Landwirtschaft.

Klaus-Peter Bruns ist niemals nur Fachpolitiker gewesen, obwohl seine Arbeit für die Landwirtschaft stets den Kern seiner politischen Arbeit ausgemacht hat; aber gegenüber anderen politischen Bereichen gab ihm die Landwirtschaftspolitik den größten Spielraum. Neben dem Kommunalpolitiker Bruns ist der Landwirtschaftspolitiker Bruns, vor allem durch seine Zeit als Niedersächsischer Landwirtschaftsminister von 1970 bis 1976 in unserer Erinnerung fest verankert. Es war eine erfolgreiche Zeit für ihn. Niedersachsen als "Agrarland" verdankt ihm wichtige Entscheidungen für die Entwicklung zu einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Der Gedanke von der "offensiven Marktstrategie", der in der Konsequenz bedeutet, daß nicht-subventionierte landwirtschaftliche Produkte sich am Markt behaupten und dem Landwirt außerdem ein angemessenes Einkommen sichern, wurde während seiner Ministerzeit mit Leben erfüllt. Ein weiterer Schritt zur Stärkung des ländlichen Raumes waren erste Schritte zu alternativen Erwerbsmöglichkeiten neben der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Verdankt Niedersachsens Landwirtschaft ihm auch viel, vielleicht die wichtigsten Impulse seit 1945, so war Klaus-Peter Bruns doch kein reiner "Bauernminister".

Die Zuständigkeiten des Ministeriums im Umweltschutz hat er zu nutzen verstanden, auch gegen vordergründige Interessen aus der Landwirtschaft. Ein Anwalt des Umweltschutzes ist Klaus-Peter Bruns auch geblieben, als ihm 1976 nach dem überraschenden Sturz der niedersächsischen SPD-Regierung kein Regierungsamt mehr zur Verfügung stand. Der Umweltpolitiker Bruns hat den Landwirtschaftspolitiker zurückgedrängt, denn der Schutz unserer Umwelt galt ihm stets mehr als stolze landwirtschaftliche Produktionsziffern.

Seinen 80. Geburtstag wird Klaus-Peter Bruns mit vielen Freunden feiern, vor allem aber mit den Bürgern seiner Heimatgemeinde. Mitten im tätigen Leben wird er die Anerkennung für seine mit Leidenschaft und Durchsetzungskraft betriebene Arbeit erfahren. Wir haben ihm dafür zu danken und wir hoffen weiter auf seine Arbeit und seine Erfahrung.

(-/25. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Haltung der SPD zur PKK

Zu den Versuchen der PKK, die SPD für ihre Interessen einzuspannen, haben Karsten D. Volgt, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Koschnick, Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, und Uta Zapf, Sprecherin der Arbeitsgruppe Kurden der SPD-Bundestagsfraktion, eine Stellungnahme für die SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet. Der Wortlaut:

Seit einiger Zeit versucht die kommunistische "Kurdische Arbeiterpartei" PKK in einer breit angelegten Briefkampagne, von der SPD auf allen Organisationsebenen politische Unterstützung zu erhalten.

Briefe von Organisationen wie Kurdistan-Komitee, EANK und anderen enthalten oft Bitten um Gesprächstermine und um Teilnahme an Informationsreisen. Diese Schreiben sind meist mit Material über türkische Menschenrechtsverletzungen versehen, welche nicht unberechtigterweise Empörung und damit auch Gesprächsbereitschaft erzeugen.

Oft aber wird für die angeschriebenen Mandatsträger und Parteigliederungen nicht ersichtlich, daß sich hinter den Absendern Tam- oder Unterorganisationen der PKK verbergen. Es gibt Beispiele, daß SPD-Politiker, die sich auf Gespräche eingelassen haben, später als Kronzeugen dafür genannt werden, daß die SPD angeblich die PKK unterstützt. Daran kann uns nicht gelegen sein.

Wir haben daher Anlaß, die Haltung der SPD zu verdeutlichen:

- o Die SPD setzt sich seit langem für kulturelle Autonomie und lokale Selbstverwaltung für die Kurden ein. Dazu hat die SPD als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag eine eigene Arbeitsgruppe Kurden eingerichtet. Diese pflegt vielfältige Kontakte zu den unterschiedlichsten Kurdenorganisationen und hat in den letzten Jahren verschiedene Initiativen zur Unterstützung der Kurden gestartet.
- o Die SPD unterstützt diejenigen kurdischen Gruppen, deren Politik darauf gerichtet ist, innerhalb der bestehenden Staaten den Kurden das Selbstbestimmungsrecht durch kulturelle Autonomie und lokale oder regionale Selbstverwaltung zu ermöglichen.
- o Die SPD hält den Versuch der türkischen Regierung, das Kurdenproblem mit Repression und militärischer Gewalt zu lösen, für eine untaugliche und zum Scheitern verurteilte Politik. Sie kritisiert das brutale Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte und die damit zusammenhängenden Menschenrechtsverletzungen.
- o Die SPD lehnt aber ebenso deutlich die gewalttätige separatistische Politik der PKK ab. Der Terror gegen die eigene und die türkische Zivilbevölkerung, mit denen die PKK seit Jahren und in jüngster Zeit verstärkt versucht, einen eigenen Kurdenstaat zu erreichen, kann von Sozialdemokraten in keiner Weise entschuldigt werden.
- o Die SPD verurteilt die erklärte Politik der PKK, ihren Kampf gegen die Türkei auf den Terrorismus auszudehnen und auch im Ausland und besonders in Deutschland türkische Einrichtungen anzugreifen, was in der letzten Zeit mehrfach geschehen ist und bereits Verletzte, einen Toten und Millionenschäden verursacht hat.

Wir fordern die PKK eindringlich auf, von ihrer verhängnisvollen Politik Abstand zu nehmen. Solange es keine grundlegende Änderung der PKK-Politik gibt, kann es für Mandatsträger der SPD nicht möglich sein, die PKK in irgendeiner Weise zu unterstützen.

Wir empfehlen daher, die besagten Briefe nicht oder allenfalls in diesem Sinne zu beantworten und keine Reise- und Gesprächsangebote anzunehmen.

(-/25. November 1993/rs/ks)